

Krakauer Zeitung.

Nr. 109.

Dinstag, den 13. Mai

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierjähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mrt. berechnet. — Abonnementsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergeschossigen Weltstelle für 30 Mrt. — Einzelbestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Dr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Nr. 2278/pr.

Der k. k. Statthalter hat die bei den k. k. Kreisbehörden Krakau und Sanok erledigten Kreissecretärsstellen dem disponiblen Statthalterei-Offizialen der bestandenen Krakauer Landes-Regierung Theodor Brzuchowski und dem disponiblen siebenbürgischen Kreissecretär Stephan Friedrich zu verleihen, den disponiblen siebenbürgischen Statthalterei-Offizialen Anton Abon de Bordolo, sowie den disponiblen königlich ungarischen Comitats-Offizialen Elias Bey zu Kreis-Registranten in Wadowies und Sanok, endlich den Kreis-Registranten Karl Nunberg, den Kreiskanzlisten Nikolaus Czepiel und den Statthalterei-Acessisten Joseph Zastyrze zu Statthalterei-Offizialen zu ernennen geruht.

Ferner verlieh der k. k. Statthalter die erledigten Statthalterei-Acessistenstellen dem disponiblen königlich ungarischen Statthalterei-Acessisten Joseph Olszewski, den Kreiskanzlisten Johann Tarnawski, Ludwig Grafen Debicki und dem Statthalterei-Lagschreiber Joachim Świeczynski.

Vom k. k. galizischen Statthalterei-Präsidium, Lemberg, 6. Mai 1862.

3. 4841.

Herr Paris Mauricius, Mitglied des hierowigen Wohltätigkeitsvereins hat zu Gunsten dieses Vereins 25 fl. 8. W. erlegt.

Diese milde Gabe wird in Folge h. Statthalterei-Erlasse vom 31. März 1862 S. 20391 mit dem Ausdruck der Anerkennung zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

k. k. Kreisbehörde.

Krakau, den 5. Mai 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung die dato Lauenburg 1. Mai d. J. dem disponiblen Director der Hofsämter des in Dedenburg beständigen Oberlandesgerichtes, Jose. h. von Morawitsch, bei seiner Verfehlung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vielseitigen, treuen und erproblichen Dienste, das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergräßdig zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 23. April d. J. dem Rechnungsbeamten der siebenbürgischen Staatsbuchhaltung, Karl Wagner, bei dessen Übertritt in den bleibenden Ruhestand taxfrei den Titel eines Rechnungsbeamten zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 30. April d. J. dem geneßnen Amtsdienstehilfen und nunmehrigen Haushofgerber des Stuhlwiesenburger Komitatsbaues, Joseph Petres, in Anerkennung seiner bei dem Komitatsbauhande zu Stuhlwiesenburg bewiesenen lobenswerten Thätigkeit, das silberne Verdienstkreuz allergräßdig zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 4. Mai d. J. dem Kanzlisten der Kriegerk. k. Polizeidirektion, Franz Gröhlich, und dem Kanzlisten des k. k. Polizeikommissariates in Troppau, Rudolph Wagner, den Titel und Rang eines k. k. Polizeikommissärs allergräßdig zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 13. Mai.

Prinz Napoleon hat am 10. d. seine vielbesprochene Reise nach Neapel angetreten. Entgegen allen bisherigen Annahmen und Mittheilungen sucht heute der „Moniteur“ geltend zu machen, Prinz Napoleon habe keine politische Mission erhalten.

Auch der Pariser Korresp. der „Index“ warnt vor allen Auslegungen, die der Reise des Prinzen Napoleon gegeben werden, namentlich vor den verbreiteten Gerüchten von dem Abschluß geheimer Verträge. Von einer Ankunft Viktor Emanuels oder der Piemontesen in Rom kann, nach dieser Korrespondenz, nicht mehr die Rede sein. Bis es dahin kommt, müssen langwierige diplomatische Verhandlungen durchgeführt werden.

Nach dem „Esprit Public“ (einer Wochenzeitung), die mitunter aus hohen Regionen Mittheilungen erhält, und die neuerdings mit einer gewissen Aufmerksamkeit von Seiten der übrigen Blätter betrachtet wird, bestehst der Hauptzweck der Sendung, womit der Prinz Napoleon vom Kaiser betraut worden, darin, die Grundbestimmungen der zur Zeit des Grafen Cavour abgeschlossenen Convention zu verändern. Wird man, wie nicht zu bezweifeln steht, über die Vorbedingungen einig, so wird der Vertreter des Kaisers dem König von Italien die Pläne vorlegen, die in Paris beschlossen sind, um die Lösung der römischen Frage herbeizuführen... Wir wollen hoffen, daß nicht ein neues Stück vom Mittelmeer-Vittorale zu den Vorbedingungen, die der Prinz Napoleon seinem Schwiegervater bringt, gehören werde.

Bon Paris aus soll, wie man der „S.P.B.“ aus Turin schreibt, ein neuer Plan zur Lösung der römischen Frage der päpstlichen Regierung unterbreitet werden. Derselbe sei eine theitweise Wiederaufnahme früherer Vorschläge und besteh in Wesentlichem in Folgendem: Die Stadt Rom wird in zwei Theile getheilt. Victor Emanuel erhält das rechte Ufer der Tiber, der Papst behält dagegen das linke mit allem dazu gehörigen Land unter voller Beibehaltung seiner Souveränität über dasselbe. Dieses Gebiet würde die Provinzen Bellaria und Frosinone umfassen, welche eine Bevölkerung von etwa 20,000 Einwohnern zählen, den auf dem linken Ufer liegenden Theil von Rom nicht mit angerechnet. Außerdem würde der Papst die Souveränität über seine sämmtlichen früheren Provinzen und eine entsprechende Dotirung erhalten, um ihn in den Stand zu setzen, ein kleines Heer zu unterhalten. Eine französische Besatzung würde vorläufig in Rom verbleiben, um darüber zu wachen, daß piemontesischer Seits die Bedingungen des Vertrags in keiner Weise verletzt würden, sich aber ebenfalls auf das linke Ufer der Tiber zurückziehen. So die Grundzüge des neuen Vertrags, der außerdem zahlreiche andere Bestimmungen enthalten soll, welche den Schutz und die freie Bewegung des Pontificats zum Zwecke hätten.

Nach anderen Berichten will man den Papst auf die Insel Sardinien verweisen, ein Plan, der allerdings Änderungen in den Entschädigungsbedingungen und im Aequivalent für diesen Frankreich bereits zugestandene Brocken erfordert. Geradezu unverständigt ist zu nennen, was der „Esprit public“ hierüber schreibt: „Von dem unbestreitbar richtigen Grundsache ausgehend, daß die weltliche Gewalt nicht im Dogma begründet ist, sondern zu der Reihe der wandelbaren und vergänglichen Dinge gehört, ist eine Veränderung dieser Gewalt, eine Verpflanzung und selbst eine Umgestaltung derselben zulässig. Dies nun eben ist es, was der römischen Curie vorgeschlagen werden soll. Diese glaubt, eine weltliche Souveränität für ihre Unabhängigkeit unerlässlich; man kann ihr die Insel Sardinien anbieten, wo sie absolute Gebietserwerb sein wird. Die Insel Sardinien werde das Leben ausmachen. Der Vatican nebst seinen Expedienten bliebe gleichfalls Eigentum des heiligen Vaters; er behalte hier seinen Wohnsitz unter Bedingungen, die ganz seinem eigenen Ermessen anheimzustellen wären, und übe von hier aus auf die katholische Welt die gesammten geistlichen Machtvollkommenheiten, mit denen er bekleidet ist. Er behalte seine Ehrengarde, seine Cardinale, seine Unvergleichbarkeit und hätte Unterthanen. Auf Sardinien erhöbe er Abgaben und könne selbst, wenn er darauf nun einmal Gewicht legte, sogar ein kleines Heer haben. Das die geographischen Bedingungen seines kleinen Königreiches ihm eine durchaus unabhängige und abgegrenzte Lage sichern würden, wird Niemand in Abrede stellen können.“ (!)

Die „Opinion Nationale“ glaubt, es wäre am ehesten, dem h. Vater die Insel Elba zu überlassen. Sir J. Hudsons Ausflug nach Rom wird, dem Turiner Corr. der A. B. zufolge, als sehr bedeutsam geschildert; er soll im Auftrage seiner Regierung den von Odd Russell bereits gegebenen Erklärungen einen Nachdruck verleihen haben.

Die Debatten über die auswärtigen Angelegenheiten, welche in der verflossenen Woche im Schoße des österreichischen Reichsrates geflossen wurden, so wie die Erklärung, welche Graf Rechberg bei dieser Gelegenheit abgegeben, haben im Auslande einen eben so tiefen als guten Eindruck gemacht. Lord Palmerston, heißt es nach der „Ost. Post“, habe bereits am 8. telegraphisch seine Anerkennung, ja seinen Dank für jene Erklärungen abgegeben.

Das Bestinden des Königs der Belgier ist nach Berichten aus Brüssel vom 11. d. fortwährend gut genommen werden.

König Leopolds Krankheit gibt dem Toryistischen „Herald“ Veranlassung, die „Vertreibung Belgiens von Holland“ noch einmal einer Kritik zu unterziehen. Es schreibt: „die Fortschritte, die Belgien seit der Revolution gemacht hat, haben seiner Brennung von Holland eine Beschränkung gegeben, und den Staatsmännern, welche die Brennung begünstigt, als ein Vertheidigungsgrund gedient, auf den sie kein ehrliches Recht haben. Indem die Großmächte die Arbeit des Wiener Vertrages zerstört, beginnen sie einen Fehler, der uns noch bitteres Bedauern verursachen kann. Die Beschwerden der Belgischen Provinzen waren solcher Art, daß man ihnen leicht ohne Brennung abhelfen könnte, und die Opposition gegen die Holländer war nur so theilweise vorhanden, daß sie ohne die Franzö-

sische Doppelzonenkunst zweit- oder dreimal unterdrückt worden wäre. Die Brennung war in der That ein Frankreich gemachtes Zugeständnis, die Vernichtung eines Bollwerkes, das den französischen Übergriffstrachten im Wege stand. Das Königreich der Niederlande, wie dasselbe durch den Wiener Vertrag erreicht worden, war eine Macht, die Frankreich einen wirklichen Widerstand leisten konnte. Belgien dagegen hängt von der Gnade seines starken Nachbars ab.“ Bekanntlich wird die Unwesenheit der Niederländischen Majestäten in Paris mit Plänen in Bezug auf Belgien in Verbindung gebracht.

Wie der „A. B.“ geschrieben wird, will Russland bei den Mächten beantragen, man möge Montenegro unabhängig erklären und damit den ewigen Conflicten zwischen der Tschenanora und der Türkei ein Ende machen. Russische Agenten hatten auch vor Kurzem ausgesprengt, die Porte sei geneigt, der Herzegowina die Autonomie zu bewilligen, woran kein wahres Wort war, wie durch das veröffentlichte türkische Ultimatum an Montenegro ohnehin hinlanglich bewiesen ist. Dieser Plan sei wirklich auf diplomatischem Wege, wenn auch wohl noch nicht in offiziellen Noten, angeregt worden. Der Gedanke hat sich indessen in London, so wie in Wien und Berlin keiner günstigen Aufnahme zu erfreuen. Am entschieden weiten England und Österreich die darauf gerichteten Eröffnungen zurück. Frankreich beobachtet eine mehr reservirte Haltung, und man ist zu glauben geneigt, daß, wenn nur die anderen zustimmen, die französische Regierung sicherlich nichts gegen das russische Project einwenden würde. England hat übrigens daran erinnert, daß nach dem Pariser Friedensvertrage keine Macht in isolirter Weise mit Bezug auf den Orient vorgehen könne.

Das „Pays“ stellt heute in Abrede, daß Herr Mercier eine officielle Mission in Richmond gehabt habe.

Wie man der „A. B.“ schreibt, ist die Sendung Merciers nach Richmond hinter dem Rücken Thouvenel's — der dem Norden geneigt ist — verfügt worden. Daß dieselbe ohne alle höhere Autorisation erfolgt ist, wird der officiellen Presse Niemand glauben.

Wie man der „Scharfschen Correspondenz“ aus Triest mittheilt, sollen dem Herrn Erzherzog Ferdinand Max kurz nach dessen Abreise aus Brüssel von Seite des Kaisers Napoleon neuerdings in Bezug auf die mexicanische Frage direkte Eröffnungen gemacht werden sein.

Nach Berichten aus Veracruz hat Juarez neuerlich Genugthuung angeboten. Die Aluirten sollen den Antrag erwägen. Almonte soll an Terrain gewonnen haben.

Das Pays erklärt, die von dem Ami de la Religion gegebenen Nachrichten aus Madagaskar als vollkommen unbegründet.

Wie verlautet, begibt sich Herr von Montigny, der sich seit einiger Zeit in Paris auf Urlaub befindet, nach Madagaskar, um mit dem Könige Radama einen Vertrag abzuschließen.

Der preußisch-französische Handelsvertrag hat bis jetzt die französische Presse weniger beschäftigt, als man es nach der großen Wichtigkeit desselben und hauptsächlich noch seiner politischen Tragweite vermuten sollte. Diese Zurückhaltung war, wie die „Allgemeine Zeitung“ bemerkte, sicher keinesfalls, sondern eine von den Tuilerien angeordnete, um die Bewegung in den deutschen Zollvereinsstaaten nicht noch zu steigern. Die dürftigen Artikel, welche darüber erschienen sind, legten dem Vertrag eine viel geringere Bedeutung bei, als sie diesseits angenommen wird, und vermittelten namentlich das politische Gewicht des Vertrages zu berühren. Auch heute, wo das Journal des Debats sich endlich eingehender mit dem Vertrage beschäftigt, wird die politische Bedeutung höchstens zwischen den Zeilen angedeutet; gleichwohl ist die betreffende Stelle schlagend genug, um erkennen zu lassen, daß das Journal des Debats diese politische Bedeutung durchaus zu würdigen weiß. „Kaum war der Vertrag mit England unterzeichnet,“ sagt es, „so machten schon die Tuilerien Eröffnungen zu dem Zweck, das Regime, unter welches wir unsere kommerziellen Interessen mit unsern Nachbarn jenseits des Kanals gestellt, auf Deutschland auszudehnen. Es ist bewiesen, daß die Vorteile des neuen Vertrags gegenseitige sind; wir haben auch keineswegs die Absicht, Frankreich als den uninteressirten Apostel der Handelsfreiheit darzustellen; gleichwohl gibt es einen fühlbaren Unterschied zwischen der Position der beiden unterhandelnden Parteien. Für Frankreich handelt es sich um die Ausdehnung seiner kommerziellen Verbindungen, für den Zoll-

verein stehen die gegenwärtigen Verbindungen auf dem Spiel.“

In Folge der jüngst stattgehabten Interpellation über die Stellung Österreichs zum Abschluß des französisch-deutschen Handelsvertrages bringt die „Donau-Zeitung“ von den auf den preußisch-französischen Handelsvertrag Bezug habenden Aktenstücken, die österreichische Denkschrift vom 15. Sept. v. J. ferner eine Weisung des Grafen Bernstorff an den preußischen Gesandten in Wien, Freiherrn v. Werther, ddo. Berlin 7. April d. J.; ferner einen Erlass des Grafen Rechberg an den Grafen Chotek in Berlin, ddo. Wien, 7. Mai d. J., und ein Memorandum der österreichischen Regierung.

Die Denkschrift sagt, daß die ersten Anfänge der Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich die Weiterbildung des Zoll- und Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 und alle die Hoffnungen, welche Deutschland daran knüppte, in weite Ferne gerückt haben; es wird die Besorgniß ausgesprochen und begründet, daß der weiteren Ausbildung der zwischen Österreich und dem Zollvereine gegründeten nahen Beziehungen neue Schwierigkeiten geschaffen werden könnten. Aus dem Umstände, daß Frankreich sich Zollbegünstigungen nur für Waaren ausbedingen werde, in deren Export es eine anerkannte Superiorität besitzt und daß der Zollverein diese Zollbegünstigungen nicht auf seine Zoll-Linien gegen Frankreich und Österreich beschränken, sondern allgemein einführen werde, folgert die Denkschrift, daß Österreich eine Reihe von Zollbegünstigungen erhalten werde, die nicht für die Bedürfnisse seines Verkehrs berechnet sind und die es mit aller Welt teilen müsse. Bezuglich mehrerer Gegenstände führt Österreich jene ausschließende Begünstigung ganz oder theilweise durch die Ausdehnung auf die Erzeugnisse Frankreichs zu verlieren, die sie bisher auf dem vereinsländischen Markt in der Konkurrenz mit den anderen Staaten genossen. Durch die Ermächtigung der vereinsländischen Aufzölle unter dem Betrag, welcher, mit Hinzurechnung des vertragsmäßigen Zwischenzolles, den direkten Bezug der Erzeugnisse dritter Staaten nach Österreich dem Handel vortheilhafter erscheinen läßt, als den indirekten Bezug über den Zollverein, sieht sich Österreich in die peinliche Alternative gezwängt, entweder seine Aufzölle herabzusetzen, oder seine Zwischenzölle entsprechend zu erhöhen; letzterem tritt zweitweise wieder der Artikel 4 des Februarvertrages entgegen. Die künftige Gleichstellung Frankreichs mit Österreich im Zollvereine endlich würde jede fernere Verhandlung zwischen Österreich und dem Zollvereine auf die Grundlage stellen, daß Österreich wüßte, was ihm der Zollverein bewillige, müsse er auch Frankreich gewähren, und jede Begünstigung, die es dem Zollvereine gewähre, nötige zur Aenderung der österr. Aufzölle. Im Interesse der Einigung Deutschlands spricht die Denkschrift schließlich die Bitte aus, „in keiner Richtung die Zukunft binden zu wollen.“

Gr. Bernstorffs Weisung ist die Antwort auf oben auszugsweise mitgetheilte Denkschrift der österreichischen Regierung. Graf Bernstorff schmeichelt sich mit der Hoffnung, die österreichische Regierung werde aus einer näheren Prüfung der von Preußen an Frankreich gemachten Zugeständnisse die Überzeugung gewinnen, daß dieselben dem Handel und dem Gewerbeleben Österreichs sehr große Vorteile versprechen, obgleich sie beiden nicht ausschließlich zugute kommen. Graf Bernstorff hebt hier einige wesentliche Punkte hervor, wie die theilweise durchgeföhrte Einfuhr-Erlichterung für Wein. Von den übrigen, auf Zollermäßigung gerichteten Propositionen, welche Österreich für jene Verhandlungen gestellt hatte, wird ein großer Theil für Stroh u. Geslechte, chemische Fabrikate, Stricke und Häkelnadeln, Spiegelglas, Talg und Stearin, Steinwaaren, Wollenwaaren — ebenfalls durch den Vertrag — über die gestellten Anträge weit hinausgehenden Umfang. Als nicht minder werthvoll werden sich die Zoll-Erlichterungen für Bleiwaren, seine Bleistiften, der Kupfer- und Messingwaren, zusammengefaßte Waren, Instrumente, Baumwolle, Leinen- und Seidenwaren erweisen. Die österreichische Regierung wird diese Vorteile nicht unzogen lassen, wenn sie zu der Entscheidung der Frage schreitet, ob sie von dem, nach Art. 4 des Vertrages vom 19. Februar 1853 ihr zustehenden Rechte Gebrauch zu machen habe. Hoffentlich wird die österr. Regierung bei Würdigung aller Motive anerkennen, daß die vorliegenden Verträge ein unabsehlicher Schritt wirtschaftlicher Reform sind, welchen der Zollverein zum großen Schaden seiner wichtigsten Interessen vielleicht um einige Zeit hätte verschieben, während er sich aber nimmermehr ganz würde haben entziehen können.

In dem Erlass des Grafen Rechberg an den Grafen Chotek will ersterer durchaus nicht verhehlen, daß die ungeahnte Tragweite der zwischen Preußen und Frankreich verabredeten Vertragsbestimmungen der österreichischen Regierung zur Überraschung gereicht haben, und es sei ihr nicht möglich gewesen, sei es von ihrem besonderen Standpunkt aus, sei es in ihrer Eigenschaft als deutsche Macht, eine dem Vertrage günstige Anschauung zu gewinnen. Dem Erlass ist ein Memorandum beigelegt, das aber von der rein politischen Seite der Frage schweigt. Graf Rechberg bemerkte in dieser Beziehung im Erlass an den Grafen Chotek, daß der zu Berlin verabredete Vertrag, als politisches Ereignis betrachtet, und in seinem Einflusse sowohl auf Österreichs eigene Stellung, als auf die allgemeinen Verhältnisse Deutschlands erwogen, die ernstlichsten Bedenken in Wien hervorgerufen hat. Die Regierung spricht dies mit um so gerechterem Bedauern aus, je inniger sie von dem Wunsche durchdrungen ist, den Zweck einer heilsamen Entwicklung des Bundesprinzips in Deutschland auch auf dem Gebiete der materiellen Interessen zu fördern.

Die „A. Pr. 3.“ theilt den nachstehenden Wortlaut der Erklärung, welche der k. preußische Bundestags-Gesandte bei der Berathung über die Behandlung der Vorstellung der kasseler Wähler in der Bundestags-Sitzung vom 8. d. zu Protokoll gegeben hat, mit:

Der Charakter des Wahl-Ausschreibens der kurfürstlichen Regierung vom 3. d. M. erscheine in Verbindung mit dem demselben vorhergegangenen Wahl-Erlaß vom 26. v. Mts. sowohl in staatsrechtlicher, als politischer Beziehung von höchst zweifelhafter und bedenklicher Art. Diese Maßregeln seien ganz geziert, schwere, in diesem Augenblieke nicht näher zu erörternde politische Folgen nach sich zu ziehen. Zudem constituite die Eile, mit welcher die kurfürstliche Regierung auf diesem Fundament die Wahlen betreibe, ein periculum in mora und für Rechtsverhältnisse, an denen die königlich preußische Regierung ihr Interesse lebhaft betätige, ein Präjudiz. Endlich involvire der Wahl-Erlaß und die auf denselben begründete Action einen Mangel an Rücksicht gegenüber dem Antrage, welchen die königliche Regierung im Verein mit der kaiserlich österreichischen in der Bundes-Sitzung vom 8. März d. J. gestellt hat. Aus diesen Motiven erscheine der Vorschlag einer ausnahmeweise behörenden Geschäftsbearbeitung geboten, und habe der Gesandte nicht verabsäumen dürfen, dies wenigstens zu Protocoll zu constatiren.

Die „National-Zeitung“ veröffentlicht aus einer die kurhessische Verfassungsfrage betreffenden Circular-Depesche des Grafen Bernstorff an die bei den deutschen Höfen accrediteden preußischen Gesandten vom 7. März Folgendes:

Er (der preußisch-österreichische Vermittlungs-Antrag) überläßt ihr (der Regierung des Kurfürsten), die Einleitungen zu treffen und fordert dabei nur die Verabschaffung verbürgter Ansprüche deren Berechtigung von keiner Seite glänzen wird. Diesen Ansprüchen ist in dem Wahlgesetz von 1831 vollständig genügt; es ist dies nicht der Fall mit dem Wahlgesetz von 1849. Wir haben unsererseits bereits in unserem Votum vom 17. März 1860 an die Möglichkeit erinnert, diesem Mangel in dem Gouvernium wirklich der Beschluss zu entziehen. Aber wir sind der Ansicht gewesen — und die k. österreichische Regierung hat uns darin bestimmt —, daß es nicht unsere Ausgabe sei, speziell den Weg zu bezeichnen, auf welchem jenem Mangel abgeholfen werden sollte, sondern daß es genüge, auf die vorhandenen Rechts-Ansprüche selbst hinzuweisen und das Weitere der Verständigung der Regierung mit dem Lande zu überlassen. Dass der Vorbehalt aller zur Herstellung der Übereinstimmung mit anerkanntem Bundesrecht erforderlichen Abänderungen ausgesprochen werden müsse, darüber wird Niemand in Zweifel sein; die Bundes-Verfassung kann nicht eine, auch nur provisorische Wiederherstellung anerkannt bündeswidriger Bestimmungen fordern, welche einmal faktisch außer Wirksamkeit gesetzt sind.

In einer andern Depesche des Grafen Bernstorff die er einen Tag später abgesandt, heißt es: „Wir verhehlen unseren Wunsch nicht, daß die Entscheidung dieser offenen Frage durch eine Einigung der Regierung mit dem Lande zu Gunsten der Herstellung des Wahlgesetzes von 1831 aussallen möge. Das Wahlgesetz von 1849 hat selbst in Hessen den Beifall der Besonnenen nicht gefunden. (Wie gestern erwähnt, haben Preußen und Österreich in der außerordentlichen Bundestags-Sitzung beantragt, der Bundestag wolle den Kurfürsten von Hessen auffordern, weitere Schritte in der Wahlangelegenheit sofort zu sättigen.)

In der Bundestags-Sitzung vom 1. d. ließen die Regierungen von Österreich und Preußen die gleichlautenden Noten vom 15. April, durch welche die von ihnen zu Kopenhagen beglaubigten Gesandten den Bundesbeschluß vom 27. März d. J. zur Kenntnis des k. dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Hall, geb. acht haben, so wie die Antwort des Letzteren vom 16. April mittheilen. Wir glauben diese dänische Antwort gerade wegen ihrer charakteristischen Kürze ihrem Vorlaute nach mittheilen zu sollen. Dieselbe lautet nach Bestätigung des richtigen Empfanges der erwähnten Note:

Die königl. Regierung hat schon hinlängliche Gelegenheit gehabt, sich über Inhalt und Form dieses Bundesbeschlusses auszuprechen, und der Unterzeichnete kann sich daher auf die ebenfalls abgegebenen Erklärungen, resp. Verwahrungen lediglich beziehen, indem er übrigens auch diesen Anlaß benutzt.

Kopenhagen, 16. April 1862. (ges.) Hall.

deren Ankunft in Reichenau bereits Vorlehrungen getroffen werden.

Ihre Maj. die Kaiserin haben der Genossenschaft vom armen Kinde Jesu in Ober-Döbling, eine Unterstützung von Einhundert Gulden allernächst zu bewilligen geruht.

Ihre k. Hoheiten Herr Erzherzog Karl-Ferdinand und Frau Erzherzogin Elisabeth sind wieder nach Brünn zurückgekehrt.

Der siebenbürgische Bischof Ludwig Haynald, welcher kürzlich die Obergespanswürde niederlegte, ist gestern hier eingetroffen.

Gestern sind Abtheilungen der Pionniere und der Infanterie nach Wimpfen (nächi Neunkirchen) abgegangen, um die Vorarbeiten für das Uebungslager zu beginnen.

Gestern Abends hielt der Central-Ausschuss des „Vereins der österreichischen Industriellen“, unter Buziehung vieler Sachverständiger aus der Mitte seiner Mitglieder, eine Sitzung, in welcher nach eingehender Verhandlung, an der sich namentlich die Herren Eduard Strache, Leopold Ritter v. Neuwall, A. Regenhart und Abgeordneter Steffens beteiligten, die endgültige Redaction der an das hohe Ministerium zu richtenden Denkschrift über den preußisch-französischen Handelsvertrag und seine schädliche Wirkung auf die österreichische Industrie beschlossen wurde.

Durch den Tod des J. U. Dr. Karl Heinrich Fischer ist die Neuwahl eines Abgeordneten für den böhmischen Landtag im Wahlkörper der mit keinem Fideicommissande behafteten großen Grundbesitzer notwendig geworden. Diese Wahl wird am 31. Mai l. J. zu Prag vorgenommen werden.

In der Angelegenheit der von der sächsischen Nationsuniversität beschlossenen Adresse zu Gunsten der Februarverfassung wurden bekanntlich widersprechende Mittheilungen gemacht. Wie der Ost-Post der Sachverhalt erzählt wird, so ist von dem siebenbürgischen Gouvernium wirklich der Beschluss gefasst worden, die Repräsentation der Sachsen dem Kaiser nicht zu übermitteln. Es ging die Leidenschaft selbst so weit, daß man jene Repräsentation als einen Akt des Hochverrats angesehen und behandelt wissen wollte. Der Referent stellte in der Gouvernalsitzung jedoch blos den Antrag auf Zurückweisung und einen zweiten eventuellen Antrag, daß für den Fall, als die unbedingte Zurückweisung nicht beliebt würde, die sächsische Nations-Universität aufzufordern sei, die Protokolle ihrer Verhandlungen vorzulegen. Der Antrag auf Zurückweisung wurde jedoch trotz der leichten Einsprache einiger Mitglieder von der Majorität des Gouverniums angenommen. (Für die Repräsentation hatten gestimmt: der Präsident Graf Grenville, Vizepräsident Popp, und die Gouvernialräthe Eduard Herbert und Phleps.)

Dieser Ausgang wurde von einem Eingeweihten so gleich nach Wien telegraphirt und machte hier das gesuchte Aufsehen. In der Ministerkonferenz, die an demselben Tage stattfand, wurde der siebenbürgische Hofkanzler Graf Nadasdy von seinen Kollegen folglich über den Vorfall interpellierte; Graf Nadasdy gab die Versicherung, daß ihm noch keinerlei Meldung dieser Art zugegangen sei. Selbstverständlich wurde seitens der siebenbürgischen Hofkanzlei alsbald nach Kronstadt telegraphirt und es scheint, daß man an betreffender Stelle daselbst über das Aussehen, welches das Ereignis in Wien hervorbringt, zum Nachdenken gekommen ist. Wir müssen voraussehen, daß eine zweite Sitzung des Gouverniums stattgefunden hat, in welcher man endlich von dem Entschluß abkommen ist, der Repräsentation einer staatsrechtlich berechtigten Körperlichkeit den Weg zum Throne abzuschneiden.

Deutschland.

Über die Art und Weise wie der König von Preußen die gegenwärtige Lage auffaßt und über dieselbe sich auspricht, schreibt man der „A. A. B.“: Dem König ist die Opposition des Landes gegen das Ministerium v. d. Heyd nicht begreiflich. Er hält Hrn. v. d. Heyd für liberal; ihn und Hrn. Simons hat der König im Jahr 1858 in das Ministerium Hohenholz-Auerswald mit herüber genommen, weil sie seiner Ansicht nach die einzigen liberalen Mitglieder des Ministeriums Mantuus waren.

Was den Grafen zur Lippe betrifft, so hebt der König hervor daß derselbe in dem bekannten Depeschendiebstahlprozeß den Ministerpräsidenten Mantuus verhaftet lassen wollten, und daß er deshalb von seinem Posten als Staatsanwalt in Potsdam entfernt und an das Appellationsgericht in Breslau versetzt wurde. An dem Prinzen Hohenlohe und dem Grafen Ickmühl röhmt der König daß sie für die Ausgleichung der Grundsteuer gestimmt haben. Hr. v. Mühlner gehörte nach seiner Meinung keineswegs der pietistischen Richtung an. Kurz, der König weist entschieden die Ansicht zurück daß sein jetziges Ministerium ein feudales sei; mit Junkern würde er keinesfalls regieren wollen. An der Verfassung hält der König unverbrüchlich fest. Eben so fest beharrt der König aber auf der dreijährigen Dienstzeit. Als „alter gedienter General“ — dies sind seine Worte — glaubt er daß selbst die dreijährige Dienstzeit kaum ausreicht um einen ausgebildeten und schlagfertigen Infanteristen herzustellen, und er läßt sich in dieser Ansicht selbst dadurch nicht erütteln daß in der Militärcommission einige Generale für die zweijährige Dienstzeit sich ausgesprochen haben. Auf die Eventualität einer neuen Kammerauflösung ist der König vollkommen gefaßt und vorbereitet.

Die „Pos. Atg.“ meldet: „In der Dominikanerkirche (zu Posen) werden während des Monats Mai Abdankungen abgehalten, die von dem an dieser Kirche angestellten Präbendar St. geleitet werden. Es werden dabei Lieder gesungen, die vorher bestimmt sind, und besonders viele weibliche Mitglieder der Rosenkranz-Bruderschaft nehmen unter Leitung einer hiesigen Dame an diesen Gesängen Theil. Am vorigen Sonnabend, während der Geistliche noch auf der Kanzel sich

befand, wurde das Lied „Boze cos Polske“ von einer Schaar junger Leute, unter denen sich besonders der Sohn jener Dame bemerkbar machte, angestimmt; ein junger Mann setzte sich an die Orgel der Rosenkranzkapelle, begleitete das Lied und die Anwesenden stimmten mit in den Gesang ein. Der Präbendar St. verließ sogleich die Kanzel und gab einem anwesenden Kirchenvorsteher den Auftrag, den jungen Mann von der Orgel zu entfernen und den Gesang zu inhibiren. Der junge Mann verließ jedoch auf die Aufforderung des Kirchenvorstehers seinen Platz nicht, und als sich letzterer an die erwähnte Dame mit der Aufforderung wandte, dem Gesange ein Ende zu machen, erklärte diese: „dann werde sie überhaupt auf keinem Gesange bei der Maiandacht mehr teilnehmen“, worauf der Kirchenvorsteher bemerkte: „es würde dies jedenfalls besser sein, als wenn die Kirche durch Demonstrationen entweiht würde“. Schließlich löschte der Kirchenvorsteher die Kerze, welche vor der Dame brannte, aus. In Folge dieses Vorfalls in der Rosenkranzkapelle sollen, wie wir hören, zwischen dem Kirchenvorsteher (einem hiesigen Beamten) und dem Sohne der Dame unangenehme Reibungen vorgefallen sein.“

Frankreich.

Paris, 9. Mai. Prinz Napoleon wird, wie er gestern bei einem großen Diner im Palais Royal erklärt hat, am Sonntag abreisen. Daß der Reise des Prinzen absichtlich ein möglichst officieller und solennier Charakter ertheilt wird, steht fest und wird dadurch noch weiter bestätigt, daß die Absahrt des französischen Geschwaders von Neapel, welche ursprünglich auf den 11. Mai festgesetzt war, neuerdings aufgeschoben worden. Die Opinion nationale meldet in Übereinstimmung mit dem, was man aus anderen zuverlässigen Quellen erfährt, daß Goyon erst am 18. oder 20. abreisen werde. So war es ursprünglich auch vom Kaiser Hrn. v. Lavallette in Aussicht gestellt worden.

Die Budget-Commission hält ihre Sitzung sehr geheim. Man weiß nur, daß der Bericht nicht vor Ende dieses Monats auf das Bureau des gesetzgebenden Körpers niedergelegt werden kann. Obwohl über die Neuwahl für den gesetzgebenden Körper noch nichts bestimmt ist, so sucht man bereits durch zahlreiche Verzerrungen das Personal der Maires in die zweckmäßigste strategische Position zu bringen. Unter den richterlichen Beamten erheben sich zahlreiche Reclamationen gegen das Decret, welches für dieselben eine Altersgrenze fixirt, nach deren Überschreitung sie aus dem activen Dienste treten müssen; man sieht darin eine Verlezung des Princips der Unabkömmlichkeit der Richter. Herr Delangle ist mit diesen Reclamationen einverstanden und hat bereits im Ministerrat eine Modification jener Bestimmung befürwortet.

Wie verlautet, sollen die japanischen Gesandten nächsten Sonntag nach Paris zurückkommen, um der großen Revue anzuhören, die der Kaiser am Montag abhalten wird. Eine Gesellschaft mit einem Capital von mehreren Millionen zur landwirtschaftlichen Ausbeutung Algeriens hat sich hier gebildet. Der Cassationshof hat einen Beschluß erlassen, demzufolge die Gendarmen als öffentliche Beamte und nicht als im activen Dienste sich befindende Soldaten betrachtet werden und deshalb in die Wahllisten der Gemeinden, wo sie residiren, eingetragen werden müssen. Das Ministerium hat einen ziemlich beträchtlichen Preis für ein Specificum gegen das gelbe Fieber ausgesetzt. Es scheint dies anzudeuten, daß der Gesundheitszustand der mexicanischen Expeditionskolonne nicht der beste ist oder wenigstens für die Zukunft ernstliche Besorgnisse erregt. Den der Regierung zugegangenen Berichten folge, sagt der Moniteur, hat die gegen Mitte April plötzlich eingetretene kalte Witterung im Allgemeinen keinen nachteiligen Einfluß auf die Cereale ausgeübt. Viele Landwirthe wünschen sich sogar Glück zu dem Stillstand, den das zu rasche Wachsthum durch die Kälte erlitten hat.

Der Kaiser hat Herrn Pereire die von diesem in seiner Eigenschaft als Präsident der Südbahn geforderte Concession einer Linie von Bordeaux nach Marseille bewilligt. Der Rath der Brückens- und Straßenbau-Ingenieure hat sich mit einer Stimme Majorität gegen das Project Pereires ausgesprochen. Der berathende Rath (le conseil consultatif), welcher aus den Notabilitäten und aus den hervorragendsten Männern des Faches besteht, hat Herrn Pereire und Herrn Talabot vor sich geladen, damit jener im Beisein des Letzteren (Mittelmeer-Gesellschaft) seinen Plan vertheidige. Herr Pereire hat sich geweigert und in einem Briefe erklärt, er werde nicht kommen.

Zwischen dem Minister Rouher und Herrn Fould ist es zu einer sehr heftigen Scene gekommen, weil die Ausschreibung der Eisenbahn von Saintes nach Rochelle im Moniteur ohne vorherige Kenntnahme des Finanzministers vor sich gegangen. Fould erinnerte an die Bedingungen, unter welchen er ins Amt getreten, und Herr Rouher warf ihm vor, er wolle sich auf die Stelle eines Oberintendanten der Finanzen hinaufschwingen. Herr Fould erwiderte hierauf, daß es vor Allem darauf ankomme, ob er im Interesse des Reiches handle. Man hatte Mühe, die beiden Herren auseinander zu bringen.

Die neue „Stiftung des kaiserlichen Prinzen“ wird nach allen Richtungen hin ausgebaut. Auf das desförmige Circular des Hrn. v. Persigny an die Präfekten folgt nun schon ein Tagesbefehl des Commandanten der Nationalgarde des Seine-Departements, worin Officiere und Nationalgardisten aufgefordert werden, „persönlich“ Beiträge zu unterzeichnen. Diese Subscriptionslisten sind zugleich „Gesinnungscontrolbogen“, und die Regierung schlägt so, wie man zu sagen pflegt, zwei Fliegen mit einer Klappe.

Nach den neuesten Nachrichten aus China hat die Regierung von Peking die Absendung einer außerordentlichen Gesandtschaft nach Frankreich und England

beschlossen. Das Haupt dieser Gesandtschaft soll Paofiang, Mitglied des kaiserlichen Geheimerath und Unterstaatssekretär des Auswärtigen sein. Die Zeit der Abreise war noch nicht festgesetzt.

Großbritannien.

Die „Morning Post“, ein Blatt, das sich gerade nicht durch freundliche Gesinnung für Österreich auszeichnet, schreibt, indem sie die kaiserliche Sanktionierung des österreichischen Gesetzes über die Minister-Berantwortlichkeit lobend hervorhebt: Österreich droht Preußen zu überflügeln. Bei uns in England, fährt sie fort, kann das Parlament nur durch die Minister der Krone auf die Politik der Krone einwirken. Wenn das Parlament keine andere Machtvollkommenheit besäße als das Recht, Gesetze gut zu heißen und Gelder zu bewilligen, so würde es, so wichtig auch diese Sicherheiten sind, bald finden, daß es in Wirklichkeit sehr wenig Kontrolle über die Regierung des Landes besitzt, außer wenn es sich um so außerordentliche Fragen wie eine Kriegserklärung handelt. Die wichtigste aller Schranken königlicher Gewalt besteht bei uns darin, daß die Minister in ihrer Gesamtheit der Krone und dem Parlament verantwortlich sind. Die Minister, die das Haus der Gemeinen in Anklagestand versetzen und das Haus der Lords verurtheilen kann, befinden sich tatsächlich eben so sehr in der Gewalt des Parlaments wie der Krone, sie können von dem einen eben so gut wie von der andern ihre Entlassung erhalten. Dies Prinzip, welches fast mehr als irgend ein anderes zur Harmonie der britischen Verfassung beigetragen hat, ist nun auch als Prinzip der österreichischen Verfassung proklamiert worden.

Italien.

Der König Victor Emanuel ist am 7. Mai nach Salerno gegangen, also nicht nach Palermo wie es irrtümlich gestern in unserem Blatte gemeldet wurde.

Wie aus Neapel gemeldet wird, ist der durch die Agentur Stefani telegraphirte Brief Victor Emanuels an den Kaiser unecht. Die zur königlichen Tafel geladenen Offiziere von der französischen Flotte sollen die Ehre abgelehnt haben. Daß in der französischen Marine große Sympathien für Franz II. herrschen, ist übrigens bekannt.

Der Bischof von Bergamo hat ein geheimes Rundschreiben an die Pfarrer seiner Diözese erlassen, in welchem er sie auffordert, den ihnen untergebenen Priestern unter Androhung strenger Ahndung zu verbieten, dem „Avventuriere“ (Garibaldi) einen Besuch abzustatten, „der gesonnen ist, die Provinz zu befreien.“

Aus Rom 3. April, wird der „Trierer Zeitung“ berichtet: „Am 27. fand bei Ceprano, und zwar gerade zwischen Salvaterra und einer neapolitanischen Ortschaft, ein Gefecht zwischen Piemontes und Reactionären statt, an dem sich auch die Franzosen beteiligten. Mehrere Reactionäre wurden gefangen. Es scheint, daß die Franzosen in Bezug auf die letzteren strengere Verhaftungsbefehle erhalten haben. Die Gefangenen werden nicht mehr den päpstlichen Behörden ausgeliefert, sondern nach Rom gebracht und ins Castell gesperrt. Auch haben die Franzosen ihre Wachsamkeit an der Grenze verdoppelt, um den Transport von Lebensmitteln aus dem Kirchenstaate nach den neapolitanischen Provinzen zu verhindern.“

Die Zahl der spanischen Prälaten, die sich nach Rom begeben, beträgt 22, darunter zwei Cardinale. Dieselben hatten vorher eine Konferenz mit der Königin.

Das Cardinals-Collegium soll, den französischen Nachrichten folge, nicht ganz eines Sinnes sein. Die Majorität neigt sich zu den Ansichten Antonelli's und Merode's, andere Cardinale sind für Reformen, endlich gibt es solche, welche dem französischen Einflusse zugänglich sind. Doch erstreckt sich diese Divergenz nur auf Punkte zweiten Ranges, in der Hauptsache gehen die Cardinale nicht auseinander.

Wie der romische Corresp. des „Ezras“ berichtet, ist die Petersburger Runtiatur entschieden gescheitert; Msgr. Verardi geht nun nicht mehr nach Petersburg.

Rußland.

Der Ausschuss der finnischen Stände hat seine nunmehr vollendeten Arbeiten dem Kaiser mittels Bericht unterbreitet, nicht ohne Hinweisung darauf, daß nach der Fundamental-Verfassung Finnlands ein solcher Ausschuss der vier Stände eine Neuerung und wenig geeignet sei, die wichtigsten Fragen (der Verfassung) zu lösen, daher die Zusicherung einer Berufung des Landtages mit Dank begrüßt wird, dem die Gutachten des Ausschusses nicht als Stimmen des Landes und seiner Stände, sondern als Privatmeinungen finnischer Bürger, welche zu einer Commission berufen wurden, gelten durften, während Gesetze über Reformen der Verfassung nur unter Buziehung des Landtages erfolgen könnten.

Amerika.

Wie aus New York, 25. April gemeldet wird, beantragte Ballandigham im Congress die Verlelung der in den beiden letzten Monaten zwischen den Unionssregierung und dem Pariser Cabinet geführten Correspodenz. Dem New Yorker Herald zufolge gründet sich dieser Antrag auf die bekante Thatsache, daß die französische Regierung einige bedeutsame Fragen betreffs der zur Befreiung des Aufstandes erforderlichen Zeit gestellt hat. Der zur Unterdrückung des Slavenhandels mit England abgeschlossene neue Vertrag ist vom Senat ratifiziert worden. Der „New-York Tribune“ zufolge ist der Hauptpunkt in diesem Vertrag das gegenseitig zugestandene Durchsuchungsrecht. Gleichzeitig ist im Senat eine Bill befürs der Anerkennung von Hayti und Liberia, und befürs der Einleitung diplomatischer Verhandlungen.

matischer Beziehungen zu diesen Republiken, durchgegangen.

Die neuesten Depeschen melden, daß Herr Mercier am 26. April wieder in Washington angkommen war. Nach einem allgemein verbreiteten Gerüchte wäre die Reise durch keine der in Umlauf gesetzten politischen Gründe veranlaßt worden. Man sei in New-York vollständig überzeugt, daß Herr Mercier keinen offiziellen Auftrag von seiner Regierung gehabt und daß man sich deshalb um diesen ganz freiwillig unternommenen Ausflug (cette excursion toute spontanée) gar nicht weiter zu kümmern habe.

Die Farbigen im District Columbia, die bekanntlich neuestens durch einen Beschuß des Congresses in Washington emancipirt wurden, scheinen nicht recht zu wissen, was sie mit den ihnen geschenkten Freiheit beginnen sollen. Sie haben eine Denkschrift an den Congress gerichtet, worin sie die Besorgnis aussprechen, daß ihnen das Freiheitsgehenk sogar schädlich werden könne, wenn man ihnen nicht zugleich eine Gegend, wohin sie auswandern können, wo nicht, wie in Nordamerika, eine Idiosynkrasie gegen sie herrsche und wo sie durch ihren Fleiß eine geistige und physische Entwicklung erlangen können, die ihnen eine ehrenvolle Stellung sichert „unter den Familien der großen Welt, die Gott geschaffen hat.“ Obgleich die Farbigen, heißt es in der Denkschrift weiter, von den bürgerlichen Rechten ausgeschlossen sind, so hängen ihre Herzen doch nicht minder stark an dem Lande, in welchem sie geboren wurden. Sie wünschen daher nach Mittelostern gebracht zu werden, und dort einstweilen unter dem Protectorate der Vereinigten Staaten zu verbleiben.

Die „Patrie“ bringt folgende Nachrichten vom La Plata-Strome: „Da die Gesandten Frankreichs und Englands von der Regierung Montevideo's die Regelung der ihrn Staats-Angehörigen geschuldeten Entschädigungs-Summen gefordert hatten, so war ein in diesem Sinne abgefaßter Gesetzentwurf den Kammern vorgelegt und von ihnen verworfen worden. Da aus diesem Schritte die Unmöglichkeit einer freundschaftlichen Verständigung hervorging, so wurden das französische und das englische Geschwader auf die Rhône von Montevideo berufen, wo sie am 13. März vor Anker gingen. Die französischen Streitkräfte bestehen aus der gemischten Fregatte Pandore, welche die Flagge des Contre-Admirals Duhouze, Befehlshabers der Station trägt, der Brigg Beaumanoir, der Dampf-Corvette Entrecasteaux, dem Kanonenboot Fulminante und der Gabare Fortune. Die englischen Streitkräfte bestehen aus eben so viel Kriegsschiffen.“

Zur Tagesgeschichte.

** Die Wiener f. f. Universität wird den 100jährigen Geburtstag Fichtes am Montag den 12. Mai als Festtag begreifen. Vormittags versammeln sich die Professoren und die Hörer im großen Konstistorialsaale, wo eine Festrede gehalten wird, und Abends veranstalten die Studenten eine Festfeier in Schwerdorff's „neuer Welt“ mit einem Festauszuge, welcher um 5 Uhr sich von der Bierhalle aus in Bewegung setzt.

** Der Guss des Maria Theresia-Monumentes, welcher schon einmal verunglückte, wird in Bernois Atelier in den letzten Tagen d. M. stattfinden.

** Im fünf. Schwarzenberg'schen Palais am Michaelmarkt in Wien wurden am 6. d. Vormittags aus einem Truemaufstellen eines Schlägimmers Preisen im Gesamtwerth von 23.800 fl. gestohlen. Es befinden sich darunter ein Bracelet im Werthe von 5000 fl., vier Schnüre Perlen im Werthe von 10.000 fl., zwölf Brillanten an einem Sammiband befestigt, im Werthe von 6000 fl. u. dgl. m. Diese Preisen waren ein Eigentum der Frau Gräfin Leopoldine von Waldstein-Wartenberg, geborenen Fürstin von Schwarzenberg. Der Dieb scheint jedenfalls im Hause sehr bekannt zu sein und dürfte auch den Inhalt des Wandtafels, aus dem er die Preisen gestohlen hatte, gekannt haben,

denn er nahm von den in diesem Raum aufbewahrten Preisen gerade nur das Wertvollste. Bis jetzt ist der Thäter noch nicht zu Stande gebracht.

** In Wien hat sich ein eigenkümlicher Gewerbszweig herangebildet. Ein rüstiger Mann eilt nämlich gleich nach beendeter Ziehung der Zahlen-Lotterie in verschiedene Häuser, ruft dort mit lauter Stimme die gezogenen Nummern aus und wird dafür mit einigen Kreuzern belohnt.

** In Wien findet am 26. d. die Vermählung der Fürstin Ludovica Sobkowicz mit dem Grafen Stadion, dann am 3. Juni die Vermählung des Grafen Porta mit einer Gräfin Paar statt.

** (Billersdorff's hinterlassene Schriften.) Der vereigte Hoffmaler hat mehrere sehr interessante Abhandlungen: über das Konföderat; über die gegenwärtige Stellung des Adels in Österreich; über die verzinssige Staatsschule; über das Missionsswesen; braucht Österreich eine Verfassung? Österreich und Ungarn, und noch mehrere andere hinterlassen.

** Der Bauplatz des Maria-Empfängnis-Domes in Linz wurde an den Tagen noch der seelischen Gründsteinlegung von sehr vielen Opfernden besucht, welche den Hammerhieb verrichteten und Liebesgaben zum Bau spendeten. Unter andern kam auch ein schlichter Mann aus der Umgegend von Linz und legte in die Hände des Bischofs eine Obligation von 1000 fl.

** Dem Mährischen Correspondenten wird „vom Lande“ mitgetheilt, daß auch dort die tschechischen Beamten anfangen, den „deutschen Einwanderern“ böhmisch concipire Zusstellungen zu liefern und Bescheide in dieser Sprache binauszugeben. So wird aus dem Orte, wo der Spiegel so ausgezeichnete Gedichte, berichtet, daß ein dortiger jüdisch-tschechischer Beamter einem deutschen Juden eine Vorladung in böhmischer Sprache zustellen ließ. Der Jude, welcher den Beleidigung nicht verstecken konnte, schrieb in hebräischer Sprache darauf: „Wird nicht verstanden.“ Der Beamte ließ ganz enttäuscht den Juden zu sich kommen und herrschte ihn an: „Was haben Sie da auf die Vorladung geschrieben, das verstehe ich nicht?“ Berzelien Sie, Herr Adjunkt, ich habe auch Ihre Briefe nicht verstanden.“ Der Beamte sagte beraus einsatz: „Sie können gesicherter keine Unerkennbarkeit erzielen.“

** Aus Esseg schreibt man, daß der Räuberhauptmann Maxim Bojanowic, der seit einer Reihe von Jahren in der dortigen Umgebung hauste, dieser Tage im Dorte Belovod entdeckt und bei einem entspannten Kampfe erschossen wurde.

** Bei den Wahlen am letzten Montag in Berlin forderte in einem Wahlbezirk der Wahlvorstand vor Verlesung der Wählern dieselben auf, mit Ja oder Nein sich zu äußern, ob sie anwesenden Seidenfressen ein gelungenes Seitenthus zu dem bekannten: „Ich sehe schon wieder viele, die nicht da sind.“

Kürzlich hiess es daß gegen Lubmilla Assing, die deutsches Herausgeberin der Barnhagenschen Memoiren, von Seiten verschiedener Personen Denunciations wegen öffentlicher Verleumdung, und in einigen Fällen sogar wegen öffentlicher Ver-

leumdung in Bezug auf die amtliche Stellung eingebrochen worden seien. Diese sind jetzt sämlich von der Staatsanwaltschaft in Berlin zurückgewiesen worden, und zwar allem Anschein nach aus dem Grunde, weil dieselbe gegen die Lubmilla Assing Anklage wegen öffentlicher Beleidigung Ihrer Majestäten des Königs und der Königin erhoben hat. Die Staatsanwaltschaft scheint von der Ansicht auszugehen, daß unter diesen Umständen für die Strafrechtliche Verfolgung minder wichtiger Vergehen kein öffentliches Interesse vorhanden sei.

** Der preußische Oberlieutenant v. Bonin, welcher neulich Hrn. v. Roulet aus Neuenburg im Duell erschossen hat, wurde zu zwei Jahren Gefängshaft verurtheilt.

** Auf den Elbbedampfschiffen ist seit Beginn der diesjährigen Fahrten bereits zu wiederholten malen der Fall vorgekommen, daß die Sigoßler in den ersten Kasüten auf frevelhafte Weise durchschnitten wurden. Die Direction hat nun einen Preis von 25 Thlr. auf die Entdeckung des Urhebers dieser boshaften Verhärtigungen gelegt.

** Die für den 1. März d. J. angekündigte Constitution des mehrfach erwähnten Posener Vereins für Ankauf von Landgütern „Tessin“, dessen provisorische Chefs H. H. Ign. Bielski, Thad. Chrapowski und Stanislaw Platow in einem Kundschreiben vom 20. März zu Ankauf von Aktionen aufzufordern, konnte bis jetzt aus von ihnen unabhängigen Gründen nicht erfolgen. Die erste Generalversammlung der Actionäre wird in Posen zu Johannii statfinden, in welcher die Statuten zur Bestätigung vorgelegt und der neue Verwaltungsrath von 7 Mitgliedern für das nächste Jahr erwählt wird.

** Wie wir in Frankfurter Blättern lesen, werden die deutschen Stenographen Mitte Juli, also gerade während des Schützenfestes, in Frankfurt a. M. einen Kongress abhalten. Man erwartet die Vertreter von etwa 200 Stenographen-Vereinen, erwartet die Vertreter von etwa 200 Stenographen-Vereinen.

** Seit einigen Tagen unterhält man sich in Frankfurt lebhaft von großartigen Unternehmungen, die in Bad Homberg v. Angestellten bei der Bank verübt werden seien. Das Gerücht erzählt haarschärfende Dinge, namentlich von Präsentationsgeldern, die in Anrechnung gebracht, aber nicht verabschiedet worden waren. Die Kama wird ohne Zweifel übertrieben, aber etwas Wahres ist jedenfalls an der Geschichte.

** Es darfste nicht allgemein bekannt sein, daß der alte Meister Aubert unter Mitwirkung des verstorbenen Scribe eine dreitägige komische Oper, betitelt: „La fiançaise du roi de Gardo“ komponiert hat, deren Partitur er hartnäckig nicht aus seinem Portefeuille geben wollte, trotz der dringenden Bitten seiner Bewunderer. Eine kleine Episode, welche sich auf einem der letzten Bälle beim Grafen Moray zugriffen, veranlaßt Aubert zum Versprechen, das Stück zur Aufführung kommen zu lassen. — Ein eleganter Damen-Domino, strengstens masirt, schob seinen Armer unter Auberts, unterhielt sich mit dem liebenswürdigen achtzigjährigen Meister zehn Minuten lang flüstern auf's Geistreich und verließ dann auf einmal den großen Tonzeiter, der vom Gehörten ebenso zu erkennen als intriguirt war. „Sie wünschen zu wissen, wen ich bin?“ fragte ihn die maskierte Dame, bevor sie sich in der Menge verlor. „Lassen Sie Ihre „fiançaise du roi de Gardo“ aufführen und Sie sollen mich kennen lernen.“ Am Vorabend der ersten Aufführung werde ich Ihnen ein Billett senden mit der Unterschrift: „der schwarze Domino“, und mir von Ihnen eine Loge für diese so lebhaft gewünschte Feierlichkeit erbitten. Merken Sie sich die Nummer der Loge und beeilen Sie sich daselbst mit einem Besuch. Ich werde mich glücklich schägen, die Erle zu sein, Ihnen zu Ihrem neuen Erfolge Glück zu wünschen.“ Aubert gab seine Zusage und der neue Direktor der komischen Oper sowie das Publicum sind dieser maskierten Vorstellung zu großem Dank verpflichtet.

** Vor drei Jahren starb in Lyon ein 90 jähriger Greis, Namens Grépin, und hinterließ ein durch Geiz zusammengepresstes Vermögen von 2 Mill. Frs., aber nicht seinen Verwandten sondern testamentarisch der Frau eines ehemaligen Kriegsleibers, Namens Favre. Ein gegen letztere angestrebter Erbschaftsprozeß blieb erfolglos. Die Favre'schen Eleute traten das Erbe an, lebten aber seitdem getrennt, der Mann auf dem Lande, die Frau in Lyon. Nun hat neuerdingsemand, der eine Jahrespension von 10.000 Frs. versprochen, aber nicht gezahlt hatten, gerichtliche Klage erhoben und dabei so gravierendes Zeugnis abgelegt, daß das Gericht die Frau Favre und deren Mann sofort hat verhaften lassen, weil sie dringend verdächtigt sind, den re. Grépin durch Gift aus der Welt geschafft zu haben.

** Schröder von der Kol. der berühmte holländische Physiologe, ist kürzlich in Utrecht gestorben.

** Der erste Tag der Londoner Ausstellung wurde durch ein Unglück getrübt: einem Knaben ward im Maschinenraume durch eine Dampfdruckpumpe in demselben Augenblick, als sich dieselbe in Bewegung setzte, der Kopf abgeschlagen, den er nunglig niederbog.

** Die französische Industrie hat in London ein arges Misserfolg erfahren. Das auf 150.000 Francs geschätzte große Spiegelglas von Saint-Gobain ist im Augenblick des Einrahmens im Ausstellungspalast zerbrochen.

** Eine neu „Institution“ ist seit einiger Zeit in London entstanden. In vielen Straßen sieht man kleine Karten, den englischen Karren ähnlich, von Haus zu Haus fahren. Vorgepannt sind zwei kleine Jungen in einer Uniform, die der Freiwilligen-Abteilung ähnlich sieht. Vor mancher Thür empfangen sie ein Bündel Lumpen als Almosen. Wenn die Lumpen noch schwärzlich sind, so werden sie mit Dank empfangen, gesammelt und zum Koffer der „Ragged Schools“ und ihrer armen Besucher an die Papiermüller verkauft. Die kleinen Karienzieher, die durch diese Beschäftigung an Arbeit gewöhnt und den Versuchungen der Londoner Armut entzogen werden, gehören der sogenannten Lumpensammler-Brigade der Ragged Schools an.

** In Turin schließen sich am 1. d. Nachmittag sechs Banditen, mit Pistolen und Dolchen bewaffnet, in das Haus eines ersten Banquiers, und nachdem sie die Beamten gefesselten und geleert die Gasse, welche 800.000 Fr. in Gegenwart und Geld enthielt. Die Polizei ist den Verbrechern auf der Spur.

** Der Bauplatz des Maria-Empfängnis-Domes in Linz wurde an den Tagen noch der seelischen Gründsteinlegung von sehr vielen Opfernden besucht, welche den Hammerhieb verrichteten und Liebesgaben zum Bau spendeten. Unter andern kam auch ein schlichter Mann aus der Umgegend von Linz und legte in die Hände des Bischofs eine Obligation von 1000 fl.

** Dem Mährischen Correspondenten wird „vom Lande“ mitgetheilt, daß auch dort die tschechischen Beamten anfangen, den „deutschen Einwanderern“ böhmisch concipire Zusstellungen zu liefern und Bescheide in dieser Sprache binauszugeben. So wird aus dem Orte, wo der Spiegel so ausgezeichnete Gedichte, berichtet, daß ein dortiger jüdisch-tschechischer Beamter einem deutschen Juden eine Vorladung in böhmischer Sprache zustellen ließ. Der Jude, welcher den Beleidigung nicht verstecken konnte, schrieb in hebräischer Sprache darauf:

„Wird nicht verstanden.“ Der Beamte ließ ganz enttäuscht den Juden zu sich kommen und herrschte ihn an: „Was haben Sie da auf die Vorladung geschrieben, das verstehe ich nicht?“ Berzelien Sie, Herr Adjunkt, ich habe auch Ihre Briefe nicht verstanden.“ Der Beamte sagte beraus einsatz: „Sie können gesicherter keine Unerkennbarkeit erzielen.“

** Aus Esseg schreibt man, daß der Räuberhauptmann Maxim Bojanowic, der seit einer Reihe von Jahren in der dortigen Umgebung hauste, dieser Tage im Dorte Belovod entdeckt und bei einem entspannten Kampfe erschossen wurde.

** Bei den Wahlen am letzten Montag in Berlin forderte in einem Wahlbezirk der Wahlvorstand vor Verlesung der Wählern dieselben auf, mit Ja oder Nein sich zu äußern, ob sie anwesenden Seidenfressen ein gelungenes Seitenthus zu dem bekannten: „Ich sehe schon wieder viele, die nicht da sind.“

Kürzlich hiess es daß gegen Lubmilla Assing, die deutsches Herausgeberin der Barnhagenschen Memoiren, von Seiten verschiedener Personen Denunciations wegen öffentlicher Verleumdung, und in einigen Fällen sogar wegen öffentlicher Ver-

junge Künstler weiter Vervollkommenung obliegt, sein Spiel jener Völligen zuführen, die ihn den größten Meistern des Piano gleichstellt. Möge er in weiteren Kreisen der musikalischen Welt seine Anerkennung finden, welche die hier gesundene auch fern von der Heimat bestätigend die Weise gibt zum Künstler ersten Ranges. Nicht immer ist es am schwierigsten, ein Prophet in seinem Lande zu sein, aber Talente von seinem Gepräge und gleicher Bescheidenheit dürfen auch guten Nutzen der meist schwierigeren Aufgabe in's Auge schen, sicherer Fuß zu setzen vor dem Kunstareal Europa's.

In der Sitzung der Palaeologischen Commission im Kraf. Glechternverein vom 7. d. April wurde Dr. Warthaue eine Übersicht des Standes der Landeshilfquellen vom J. 1861. Von den 23 Heilquellen des Landes sind bis jetzt nur aus 11 Jahresberichten eingangen. Im Allgemeinen ist die Frequenz gestiegen; der Besuch belief sich im Ganzen auf 5229 Personen. In den 11 Anfalten wurden 109,054 Bäder ertheilt und 176,983 Flaschen Mineralwasser verkauft, um 24,481 mehr als 1860.

St. Severus, der gestrengste Herr vom 13. Tage des Wonnemonats, der mit seinem Kalender Vors. und Nachtrab St. Pancraz und Bonifaz gewöhnlich im winterlichen kalten Aufzug erscheint, hat es heuer, wie man in Schlesien sagt, „schönlich“ gemacht. Dem Landmann erwünscht, hölt der erfrischende Regen nur den Stock der Straße weg, ohne der milden Lust Eintritt zu thun. Gestern gegen Abend enklud sich unter heitigem Platzregen ein die Atmosphäre reizendes Gewitter über der Stadt. Bewahrte jedoch auch der legte gestrengste Herr vom 23. Mai, St. Urban, diesen nassen Charakter, so würde es nach dem einen polnischen Spruch schlechthin mit der Weinrebe von 1862, nach dem anderen der nahegelegene Sommer ein trübseliger sei, denn nach St. Urbans Weiter richtet sich der Sommer später.“

Wie wir hören, wurde dieser Tag in dem neuen Atelier des Photographen Herrn Val. Rzewuski das lebende Bild (die vier Jahreszeiten, Tag und Nacht) gruppenweise photographiert, welches, arrangiert im Bildhauer Mr. Parry's Filippi, am Abend des Bildhauertheaters so großen Beifall gefunden.

In der Nacht vom 26. bis 27. April brach eine Feuerbrunst in Kalowa (Samborer Kr.) in einer herrschaftlichen Scheune aus, die bei starkem Winde schnell zwei Scheune, Speicher, Stall, zwei Schuppen und Tonne mit sämmtlichem Vorrath an Getreide, Stroh, Heu, Holz und allen Geräthen verbrachte. Der Gutsbesitzer H. Ludwig D. erlitt dadurch, der „Gaz. Ep.“ folgt einen Schaden von 15.000 fl. d. W., da nur die Gebäude mit 5.015 verloren waren. In der Scheune wurde ein Wache verholt, Leichnam und neben diesem ein Glinten ausgelöscht. Gleichzeitig ist der vorliegende Brennereibeamte Joseph K. verschwunden und da er in einem hinterlassenen Schrein verhüllt steht, da er um sich für schlechte Behandlung an seinem Herrn zu rächen, Feuer an die Belebung desselben legen wollte, so ist es außer allem Zweifel, daß er sein Vorhaben ausgeführt und nach vollbrachter That sich selbst den Tod gegeben.

Im Lemberger „Dziennik Literacki“ veröffentlicht ein in London ansässiger polnischer Künstler, Herr Clemens Boryczewski, einen phantastischen Aufzug, an die Polinen und zahlreiche Betriebe in einer herrschaftlichen Scheune aus, die bei starkem Winde schnell zwei Scheune, Speicher, Stall, zwei Schuppen und Tonne mit sämmtlichem Vorrath an Getreide, Stroh, Heu, Holz und allen Geräthen verbrachte. Der Gutsbesitzer H. Ludwig D. erlitt dadurch, der „Gaz. Ep.“ folgt einen Schaden von 15.000 fl. d. W., da nur die Gebäude mit 5.015 verloren waren. In der Scheune wurde ein Wache verholt, Leichnam und neben diesem ein Glinten ausgelöscht. Gleichzeitig ist der vorliegende Brennereibeamte Joseph K. verschwunden und da er in einem hinterlassenen Schrein verhüllt steht, da er um sich für schlechte Behandlung an seinem Herrn zu rächen, Feuer an die Belebung desselben legen wollte, so ist es außer allem Zweifel, daß er sein Vorhaben ausgeführt und nach vollbrachter That sich selbst den Tod gegeben.

Im Lemberger „Dziennik Literacki“ veröffentlicht ein in London ansässiger polnischer Künstler, Herr Clemens Boryczewski, einen phantastischen Aufzug, an die Polinen und zahlreiche Betriebe in einer herrschaftlichen Scheune aus, die bei starkem Winde schnell zwei Scheune, Speicher, Stall, zwei Schuppen und Tonne mit sämmtlichem Vorrath an Getreide, Stroh, Heu, Holz und allen Geräthen verbrachte. Der Gutsbesitzer H. Ludwig D. erlitt dadurch, der „Gaz. Ep.“ folgt einen Schaden von 15.000 fl. d. W., da nur die Gebäude mit 5.015 verloren waren. In der Scheune wurde ein Wache verholt, Leichnam und neben diesem ein Glinten ausgelöscht. Gleichzeitig ist der vorliegende Brennereibeamte Joseph K. verschwunden und da er in einem hinterlassenen Schrein verhüllt steht, da er um sich für schlechte Behandlung an seinem Herrn zu rächen, Feuer an die Belebung desselben legen wollte, so ist es außer allem Zweifel, daß er sein Vorhaben ausgeführt und nach vollbrachter That sich selbst den Tod gegeben.

** (Stand der Minderheit mit Ende des Monates April.) Nach den in der letzten Hälfte v. Mzo. eingelangten Nachweisen ist die Windpocken in Galizien zu Bytke, Wadowice, Wolze und Mojamie im Samborer, zu Rygody und Gocham im Stryjer zu Jeżierzau, Europamis, Słobodusz und Jabłonow im Brzeziner, zu Rydzka, Zabie, Smidow und Alt-Koszow im Kolomea, zu Mikowanic und Potok im Stanislauer und endlich zu Pockowic und Niżanowic im Przemysler Kreise so mit in 12 Distrikten in der letzten Napoleonsperiode erloschen: dagegen hat zu Stryjer und Wereszko Stryjer, dann zu Potok Brzeziner Kreises, somit in 3 Distrikten, ein neuer Seuchenausbruch stattgefunden. Es werden daher gegenwärtig im Ganzen 17 Seuchenorte und zwar: 4 im Kolomea, 6 im Brzeziner, je 3 im Stanislauer und Stryjer, endlich ein Seuchenort im Samborer Kreise ausgewiesen. In 15 dieser Seuchenorte ist jedoch kein frisches Vieh verblieben und die vorgeordneten Contumizerperiode im Buge. Unter dem Gesamtverhältnisse von 14.551 Viehhäufen in achtundsechzig Seuchenhäusern hat die Seuche 488 Viehhäufe ergreift, von denen 151 Viehhäuse gefallen sind, 28 seuchende und 47 seuchenverdächtige erschlagen wurden, endlich nur 3 in zwei Seuchenorten franken verblieben.

** (Stand der Minderheit mit Ende des Monates April.) Nach den in der letzten Hälfte v. Mzo. eingelangten Nachweisen ist die Windpocken in Galizien zu Bytke, Wadowice, Wolze und Mojamie im Samborer, zu Rygody und Gocham im Stryjer zu Jeżierzau, Europamis, Słobodusz und Jabłonow im Brzeziner, zu Rydzka, Zabie, Smidow und Alt-Koszow im Kolomea, zu Mikowanic und Potok im Stanislauer und endlich zu Pockowic und Niżanowic im Przemysler Kreise so mit in 12 Distrikten in der Diözese Linz, mit welche die unter Androhung von Execution auf den 22. d. anberaumte Übergabe gewisser kirchlicher Besitzthümer an die rein kirchliche Administration verweigert zu müssen glaubt. Der Petitionsausschuss unterstützt die Petition, die im Wesentlichen eine Befürwortung

Amtsblatt.

Nr. 3685. pr. **Kundmachung** (3767. 2-3)
des galizischen Statthalterei-Präsidiums.

Über die Aktivierung der k. k. Statthalterei-Commission
in Krakau und der Kreisbehörde in Wadowice.

Seine k. k. Apostolische Majestät haben mit Aller-
höchster Entschließung vom 19. November v. J. an-
zuordnen geruht, daß die Oberste politische und admini-
strative Leitung des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogthume Krakau und den
Herzogthümern Auschwitz und Sator in den Händen eines in Lemberg residirenden General-Gouverneurs vereinigt, und diesem zwei von einander unabhängige politische Landesbehörden in Lemberg und Krakau unterstellt werden.

Die Amtswirksamkeit der zu errichtenden Landesbehörde in Krakau hat die Stadt Krakau, den dergemachten Krakauer Kreis, dann die Kreise Rzeszów, Tarnów und Sandez zu umfassen, wogegen jene der k. k. Statthalterei-Commission in Krakau, und die provisorische Wiederherstellung der k. k. Kreisbehörde in Wadowice mit ihrem vorbestandenen Wirkungskreise und Amtsgebiete anzugeordnen.

Diese k. k. Statthalterei-Commission, sowie die k. k. Kreisbehörde in Wadowice, tritt mit dem 29. Mai 1862 in Wirksamkeit.

Dieses wird mit dem Bemerkungen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die k. k. Statthalterei-Commission in Hinunter die politische Geschäftsverwaltung in dem zugewiesenen Amtsgebiete nach dem Wirkungskreise der k. k. Statthalterei in Lemberg, mit Ausnahme einiger der letzteren vorbehaltenen Angelegenheiten, zu vertheilen hat.

Von dem k. k. Statthalterei-Präsidium,

Lemberg, am 5. Mai 1862.

N. 3685. **Obwieszczenie.**

C. k. galic. Prezydum Namieśnictwa.
Względem ukonstytuowania komisyi namieśniczej w Krakowie i władzy obwodowej w Wadowicach.

Jego c. k. apostolska Mość raczył najwyższem postanowieniem z dnia 19 listopada r. z. najtańszej rozporządzić, aby najwyższa polityczna i administracyjna władza królestwa Galicy i Lodomery wraz z wielkim księstwem Krakowskim i księstwami Oświęcimem i Zatorem była w ręku rezydującego we Lwowie generalnego Gubernatora, a temu podporządkowane zostały dwa podwładne a niezawisłe polityczne rządy krajowe we Lwowie i w Krakowie.

Zakres czynności nowego politycznego rządu krajowego w Krakowie ma się rozciągać na miasto Kraków, teraźniejszy obwód krakowski i obwody rzeszowski, tarnowski i sandecki, zaś czynność urzędu Namieśnictwa we Lwowie ma się ograniczyć na wschodnią część kraju.

By przygotować przejście do tego urzędu politycznej administracji, raczył oraz Jego c. k. apostolska Mość rozporządzić najtańszej ustalenie komisyi namieśniczej w Krakowie, tudzież prowizoryczne przywrócenie władzy obwodowej w Wadowicach, z dawniejszym swym zakresem czynności i okresem urzędowym.

Wspomniona c. k. komisja namieśnicza w Krakowie i c. k. władz obwodowa w Wadowicach rozpoczęta działalność z dniem 29. Maja b. r.

Co się podaje z tym dodatkiem do ogólniej wiadomości, iż na przeszłość komisja namieśnicza w Krakowie wykonywać ma w przydzielonym okręgu urzędowym polityczną administrację według zakresu działania c. k. Namieśnictwa we Lwowie, wyłącznie niektórych temuż pozostawionych czynności.

Od Prezydum c. k. Namieśnictwa,

Lwów, dnia 5 maja 1862.

N. 6788. **Kundmachung.** (3768. 2-3)

Der Tabak- und Stempel-Subverlag zu Saybusch (Żywiec) im Wadowicer Finanz-Bezirke wird im Wege der öffentlichen Concurrenz mittels Überreichung schriftlicher Offerte dem geeigneten Bewerber, welcher die für das h. Amts günstigsten Bedingungen stellt, verliehen werden.

Der Verkehr betrug im J. 1861 an Tabak 63,764 Pf. im Werthe von 40,248 fl. 85 kr., an Stempelmarken minderer Classe 2667 fl. 76 kr.

Die mit der vorschriftsgemäßen Stempelmarke, mit der Nachweisung der Großjährigkeit, dem obligatorischen Sitten- und Vermögenszeugnisse und dem Dokument von 100 fl. oder dem bezüglichen Kassa-Erlagschein versehenen schriftlichen Offerte sind bis einschließlich 26. Mai 1862, 6 Uhr Abends bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Wadowice zu überreichen.

Der Ertragniss-Ausweis, sowie die näheren Bedingungen sind bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Wadowice und bei der Hilfsämter-Direction der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau einzusehen.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 26. April 1862.

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

N. 6627. **Licitations-Ankündigung** (3732. 2-3)

Am 26. Mai 1862 wird bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnów die Licitation zur abgesonderten Verpachtung der Religionsfondsgüter in Bierówka mit Nieplą und dann Chrząstówka auf die Dauer von acht Jahren, drei Monaten und sieben Tagen, d. i. vom 24. Juni 1862 bis Ende September 1870 abgehalten werden.

Die Nutzungs-Objecte dieser Religionsfonds-Güter bestehen:

A. Auf dem Religionsfondsgute Bierówka mit Nieplą:

a. in Grundstücken, wovon:
a. 235 Joch 1480 □^o Acker,
b. 4 " 1560 " Gärten,
c. 39 " 142 " Wiesen,
d. 2 " 230 " Teiche,

Zusammen 282 Joch 212 □^o

b. in der Propinationsgerechtsame;

c. in der Benützung der vorhandenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude.

B. Auf dem Religionsfondsgute Chrząstówka:

a. in Grundstücken; wovon:

a. 125 Joch 951 □^o Acker,
b. 21 " 297 " Wiesen,
c. 19 " 97 " Hutweiden,

Zusammen 165 Joch 1345 □^o

b. in der Propinationsgerechtsame;

c. in der Benützung der vorhandenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude.

Hiebei wird bemerkt, daß der mit 23. Juni 1862 austretende Pächter an Inventarialanbau

A. auf dem Religionsfondsgute Bierówka mit Nieplą

a) 28 Korek 20 Gärten Winterweizen,
b) 39 " 28 " Winterkorn,
c) 26 " 5 " Gerste,
d) 115 " 24 " Hafer,
e) 27 " 16 " Haufen,
f) 1 " 24 " Erben,
g) 2 " 5 " Bohnen,
h) 1 " 5 " Hansamen,
i) 1 " 17 " Klee;

B. auf dem Religionsfondsgute Chrząstówka

a) 17 Korek 10 Gärten Winterweizen,
b) 26 " 25 " Winterkorn,
c) 15 " 8 " Gerste,
d) 36 " 8 " Hafer,
e) 7 " 8 " Haide,
f) 1 " 16 " Erben,
g) 1 " 24 " Hansamen,
h) 1 " 24 " Leinsamen,

i) 1 " 24 " Leinsamen,

j) 1 " 17 " Hansamen,

k) 1 " 17 " Hansamen,

l) 1 " 17 " Hansamen,

m) 1 " 17 " Hansamen,

n) 1 " 17 " Hansamen,

o) 1 " 17 " Hansamen,

p) 1 " 17 " Hansamen,

q) 1 " 17 " Hansamen,

r) 1 " 17 " Hansamen,

s) 1 " 17 " Hansamen,

t) 1 " 17 " Hansamen,

u) 1 " 17 " Hansamen,

v) 1 " 17 " Hansamen,

w) 1 " 17 " Hansamen,

x) 1 " 17 " Hansamen,

y) 1 " 17 " Hansamen,

z) 1 " 17 " Hansamen,

aa) 1 " 17 " Hansamen,

bb) 1 " 17 " Hansamen,

cc) 1 " 17 " Hansamen,

dd) 1 " 17 " Hansamen,

ee) 1 " 17 " Hansamen,

ff) 1 " 17 " Hansamen,

gg) 1 " 17 " Hansamen,

hh) 1 " 17 " Hansamen,

ii) 1 " 17 " Hansamen,

jj) 1 " 17 " Hansamen,

kk) 1 " 17 " Hansamen,

ll) 1 " 17 " Hansamen,

mm) 1 " 17 " Hansamen,

nn) 1 " 17 " Hansamen,

oo) 1 " 17 " Hansamen,

pp) 1 " 17 " Hansamen,

qq) 1 " 17 " Hansamen,

rr) 1 " 17 " Hansamen,

ss) 1 " 17 " Hansamen,

tt) 1 " 17 " Hansamen,

uu) 1 " 17 " Hansamen,

vv) 1 " 17 " Hansamen,

ww) 1 " 17 " Hansamen,

xx) 1 " 17 " Hansamen,

yy) 1 " 17 " Hansamen,

zz) 1 " 17 " Hansamen,

aa) 1 " 17 " Hansamen,

bb) 1 " 17 " Hansamen,

cc) 1 " 17 " Hansamen,

dd) 1 " 17 " Hansamen,

ee) 1 " 17 " Hansamen,

ff) 1 " 17 " Hansamen,

gg) 1 " 17 " Hansamen,

hh) 1 " 17 " Hansamen,

ii) 1 " 17 " Hansamen,

jj) 1 " 17 " Hansamen,

kk) 1 " 17 " Hansamen,

ll) 1 " 17 " Hansamen,

mm) 1 " 17 " Hansamen,

nn) 1 " 17 " Hansamen,

oo) 1 " 17 " Hansamen,

pp) 1 " 17 " Hansamen,

qq) 1 " 17 " Hansamen,

rr) 1 " 17 " Hansamen,

ss) 1 " 17 " Hansamen,

tt) 1 " 17 " Hansamen,

uu) 1 " 17 " Hansamen,

vv) 1 " 17 " Hansamen,

ww) 1 " 17 " Hansamen,

xx) 1 " 17 " Hansamen,

yy) 1 " 17 " Hansamen,

zz) 1 " 17 " Hansamen,

aa) 1 " 17 " Hansamen,

bb) 1 " 17 " Hansamen,

cc) 1 " 17 " Hansamen,

dd) 1 " 17 " Hansamen,

ee) 1 " 17 " Hansamen,

ff) 1 " 17 " Hansamen,

gg) 1 " 17 " Hansamen,

hh) 1 " 17 " Hansamen,

ii) 1 " 17 " Hansamen,

jj) 1 " 17 " Hansamen,

kk) 1 " 17 " Hansamen,

ll) 1 " 17 " Hansamen,

mm) 1 " 17 " Hansamen,

nn) 1 " 17 " Hansamen,

oo) 1 " 17 " Hansamen,

pp) 1 " 17 " Hansamen,

qq) 1 " 17 " Hansamen,

rr) 1 " 17 " Hansamen,